

16/SN-328/ME

REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Zl. 10.045/9-4/93

An das
Präsidium des Nationalrates

in W i e n

1010 Wien, den 29. September 1993
Stubenring 1
DVR: 0017001
Telefon: (0222) 711 00
Telex 111145 oder 111780
Telefax 7137995 oder 7139311
P.S.K.Kto.Nr. 05070.004
Auskunft: Scheer
Klappe: 6249 DW

Betr.: Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes,
mit dem das B-VG in der Fassung von 1929
geändert wird.

A. Muser

Betrifft GESETZENTWURF	
1. 38	-GE/19. P3
Datum:	1. OKT. 1993
Verteilt 1.10.93 Kogal	

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales übermittelt
25 Exemplare dieser Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesver-
fassungsgesetzes, mit dem das B-VG in der Fassung von 1929
geändert wird.

Für den Bundesminister:
i.V. W a l l a

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

K. Kogal

REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

1010 Wien, den 29. September 1993
Stubenring 1
DWR: 0017001
Telefon: (0222) 711 00
Telex 111145 oder 111780
Telefax 7137995 oder 7139311
P.S.K.Kto.Nr. 05070.004
Ankunft: Scheer
Klappe: 6249 DW

Zl. 10.045/9-4/93

An das
Bundeskanzleramt

in W i e n

Betr.: Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes,
mit dem das B-VG in der Fassung von 1929
geändert wird.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nimmt mit Bezug auf die do. Note vom 5. August 1993, GZ. 601.999/32-V/5/93, zum Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das B-VG in der Fassung von 1929 geändert wird, wie folgt Stellung:

Ein Nebeneinander der Begriffe "Hauptwohnsitz" und "gewöhnlicher Wohnsitz" im B-VG, erscheint nicht sinnvoll, da der Begriff "Hauptwohnsitz" inhaltlich ident mit dem des bisherigen "gewöhnlichen Wohnsitzes" zu sehen ist.

Hauptwohnsitz oder nur Wohnsitz hat Auswirkungen im Wahlrecht auf Landes- und Gemeindeebene, vermutlich auch beim Finanzausgleich. Das Wahlrecht sollte auf allen Ebenen, also nicht nur auf Bundesebene (Nationalrat), sondern auch auf der Landes- und Gemeindeebene nach denselben Gesichtspunkten geregelt und damit jeweils an den Hauptwohnsitz gebunden sein. Sofern im Finanzausgleich die Zugehörigkeit zu einem Land (über die Landesbürgerschaft) bzw. zu einer Gemeinde (über die Wahlberechtigung) ausschlaggebend ist, sollte diese Zuordnung nicht im Belieben der jeweiligen regionalen Entscheidungsträger stehen, sondern bundeseinheitlich vorgegeben sein.

Im übrigen gibt der Entwurf keinen Anlaß zu Bemerkungen.

Von dieser Stellungnahme werden 25 Exemplare an das Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Bundesminister:

i.V. W a l l a

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

